

**Wir machen keine schönen Worte.
Wir sprechen die Sprache der Bevölkerung und nennen die Probleme beim Namen.
Wir wollen zu effizienten Lösungen beitragen.
Offen- Ehrlich- Transparent!**

**Wahlprogramm der Wählervereinigung
Bündnis für Gerechtigkeit – Wählervereinigung – Weißenfels (BfG)
zur Stadtratswahl am 25. Mai 2014**

Präambel

In der Auseinandersetzung um sozial gerechte Abwassergebühren haben die Mitglieder der BI für sozial gerechte Abwasserbeiträge im ZAW Weißenfels wiederholt die Erfahrung machen müssen, dass ihre Vorschläge und Anträge sowohl im Stadtrat als auch in den zuständigen Ausschüssen und in der Verwaltung zwar angehört, aber kaum respektiert wurden. Daraus entstand der Entschluss, unabhängig und zusätzlich zu den weiterhin bestehenden Aktivitäten und Anliegen der Bürgerinitiative, aktiv in die kommunale Politik einzugreifen.

Wir verstehen uns als Vereinigung von Bürgern aus der Einwohnerschaft der Kernstadt und ihrer Ortsteile, die es nach mehr als 20 Jahren satt haben, weiter unter den festgefahrenen, verknöcherten Parteistrukturen mit Vettern- und Cliquenwirtschaft leiden zu müssen. Wir mussten über die Jahre feststellen, dass die CDU im Verein mit der Linken eine den Stadtrat beherrschende Mehrheit bilden und die übrigen Parteien weder eine erkennbare eigene Meinung haben, noch sonst in Erscheinung treten. Wir wollen dazu beitragen, diese bestehenden Machtstrukturen aufzubrechen und somit unserer Stadt wieder eine lebens- und lebenswerte Zukunft zu geben.

Das bisher im Stadtrat agierende Bürgerbündnis „Bürger für WSF – freie Wählervereinigung“ konnte diesen in sich geschlossenen und durch einzelne Meinungsmacher beherrschten Block nicht aufbrechen. Zahlreiche Sitzungen im Stadtrat und in den Ausschüssen belegen die Blockadehaltung der Allianz von CDU und Linken eindeutig. Der ursprünglich aus dem Kreis der freien Wählervereinigung "Bürger für Weißenfels" stammende Oberbürgermeister Risch hat sich nach seiner Wahl mit einer kommunalpolitischen Kehrtwende dieser Situation angepasst. Er funktioniert zur Zufriedenheit der Wortführer dieser Allianz und kann sich somit über seine Amtszeit von 7 Jahren bis zur Neuwahl im Jahr 2015 retten. Das ist keine gute Perspektive für unsere Stadt.

Vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund ist gerade hier in Weißenfels eine ausgeprägte Mentalität zur Geldverschwendung und zum ungezügelten Konzernlobbyismus festzustellen.

Beispielhaft wird dies deutlich an Projekten wie dem E-Werk, dem Busbahnhof, der Promenade, der Bergschule und dem Gerangel um den Beschluss zur Nordspange, den Planungen für ein neues, überdimensioniertes Gewerbegebiet an der A9, um nur einiges zu nennen.

Die von einigen wenigen Lebensmittel- Konzernen, darunter besonders vom Fleischwerk Tönnies, benötigte Kläranlagenerweiterung jetzt aktuell von den Bürgern finanzieren zu lassen, setzt diesem Treiben der Lobbyisten aus dem Parteienfilz die Krone auf.

Gerade diese Stadträte aus den etablierten Parteien CDU/Linke im Bündnis mit SPD und FDP tragen ein großes Maß an Verantwortung für die Abwasserstrafabgaben in Höhe von fast

10 Mill. € aus den Jahren 2006 bis 2011. Gerade erst mussten sie sich vom Verwaltungsgericht vorwerfen lassen, dass die Ursachen letztlich bei Ihnen, bei ihrem Versagen, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, zu suchen sind. Über äußerst fragwürdige Prozesse, die unserer Stadt weitere Millionen € kosten können, soll offenbar von diesem Versagen der Politik und Verwaltung abgelenkt werden. Es drohen unserer Stadt weitere 10 Mill. € Verlust im Haushalt, wenn die Bürgerschaft für die fast ausschließlich für Tönnies benötigte Kläranlagenerweiterung am 1. 01. 2016 an das Land zurück zu zahlen ist. Die zahlreichen Planungsspannen einer offensichtlich überforderten Verwaltung und der skandalöse Umgang mit derartigen Vorfällen, zeigen insgesamt eine verkommene Kommunalpolitik, die wir bis in den Kern hinterfragen wollen, um die Verursacher bloßzustellen und um sie öffentlich zur Verantwortung zu ziehen.

**Weißenfels soll und darf nicht mehr zum Gespött der Nation werden!
Der bisherige Politikstil im Stadtrat ist neben der Herrschaft eines Kartells aus CDU und Linken von einem ausgeprägten Duckmäsertum, mangelhafter Zusammenarbeit sowie völlig fehlender Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz gekennzeichnet.**

Als ehrenamtliche Stadträte wollen wir uns bei Entscheidungsfindung nicht von einer Parteilinie und schon gar nicht vom Eigennutz einiger Weniger samt ihren Freunden aus der Wirtschaft beeinflussen lassen. Wir stehen für eine neue politische Kultur in Weißenfels, für gemeinsame Verantwortung und für die Umsetzung einer Politik für die Bürger und einer entsprechenden Beauftragung der dafür von öffentlichen Geldern bezahlten Verwaltung und deren Kontrolle. Dabei streben wir nach einer effizienten Zusammenarbeit mit Bündnispartnern, die solche Grundeinstellungen mit uns gemeinsam umsetzen wollen. Die Stadtratswahl am 25.05.2014 in Weißenfels bietet die Möglichkeit, die bestehende Stagnation der Kommunalpolitik mit ihren Blockaden jeglichen Bürgerwillens, mit Entscheidungen im Hinterstübchen und mit immer neuen Geldverschwendungen aufzuhalten. Das kann nur gelingen, wenn mit Hilfe engagierter Bürgern der leider immer noch die Stadt beherrschende Machtblock aus seinen Positionen mit dem Stimmzettel vertrieben wird. Schluss mit dem Parteienfilz der sich und damit unsere Stadt bis in das überregionale Erscheinungsbild diskreditiert und beschädigt hat!

Wählen Sie deshalb die Kandidaten der Wählerliste der Wählervereinigung Bürger für Gerechtigkeit! Machen Sie bitte drei Kreuze für Weißenfels!

Unsere Schwerpunkte

Die Wählervereinigung "Bündnis für Gerechtigkeit" ist auf Wunsch und Forderung vieler Mitglieder und Freunde der Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserbeiträge gegründet worden. Es ist eine Hommage an die vielen Bürger von Weißenfels, wenn Themen, die sie und uns seit nahezu zwei Jahren bewegen und die zur Gründung des BfG geführt haben, nun auch an erster Stelle im Wahlprogramm stehen. Das bedeutet aber nicht, dass uns die vielen Themen, an denen diese Stadt krankt, fremd sind und es noch viele Ziele gibt, diese Stadt zu einem lebenswerten Mittelpunkt für ihre Bürger weiter zu entwickeln. Die nachfolgende Aufzählung ist daher nicht als Wertung anzusehen, sondern die genannten Anliegen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Die Beiträge entsprechen dem Meinungsspektrum großer Teile der Bevölkerung, die über die Zeit in Tausenden an verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen teilnahmen und damit Kritik aus ihren Reihen öffentlich machten. Nicht ohne Erfolg! Die zugearbeiteten Inhalte sind komplex und themenübergreifend. Überschneidungen sind deshalb durchaus gewollt. Sie zeugen von der Authentizität einer breiten Mitarbeit aus der Bevölkerung.

1. Abwasserentsorgung.

- Konsequente Verfolgung/Durchsetzung eines Verfahrens zur Kalkulation für die Anrechnung von Herstellungskostenbeiträgen (HKB), das der speziellen hiesigen Situation gerecht wird.
- HKB für die Abwasserentsorgung sind nach dem Vorteilsprinzip zu berechnen, d. h. derjenige mit dem größten Vorteilen/Nutzen hat auch den größten Beitrag zu leisten.
- LM Industrie darf und soll sich nicht aus der Solidargemeinschaft verabschieden dürfen, z. Bsp. bei der Umlage von leitungsgebundenen Kosten bei den HKB.
- Berechnung eines einheitlichen Abwassergebührensatzes für Bürger, Handwerk und Industrie.
- Starkverschmutzer: aktuelle Kalkulation ist fragwürdig, Zusatzgebühr ist konsequent auf Einleiter (vorw. Industrie) ohne Einschränkung/Vorteilsgewährung mit Offenlegung für alle Bürger umzulegen.
- Überdimensionierte familiäre Wohngrundstücke sind bei HKB- Berechnung im Flächenmaßstab zu begrenzen.

2. Kläranlagenerweiterungen nur für Bedarfsträger.

- Kapazität des Klärwerkes in der jetzigen Auslegung ist völlig ausreichend für den Einwohnerbestand von WSF zuzüglich Handwerk, Gewerbe und Industrieinleiter.
- Mehrbedarf resultiert einzig und allein aus geplanter Erhöhung der Schlachtkapazität des Fleischwerkes WSF.
- Anwendung des Kellnerprinzips, wer bestellt, der bezahlt, auch für KA Erweiterung

3. Rückforderung der Abwasserstrafabgaben in Höhe von 9,5 Millionen Euro.

- Öffentliche Diskussion um die wahren Ursachen für die Abwasserstrafabgaben der Jahre 2006 bis 2011 führen.
- Politische Verantwortung bei den Verstößen gegen Einleitungsbestimmungen durch Tolerierung von Schlachtzahlerhöhung des Fleischwerkes (kausaler Zusammenhang vom Verwaltungsgericht festgestellt) von Stadträten, Fraktionen und Verwaltung klären.
- Mögliche strafrechtliche Verfolgung von belasteten Personen aus o. g. Kreis bis zur Klageerhebung ansprechen/untersuchen/realisieren (auch wegen Problem der Verjährung).
- Risikoprüfung/Minimierung/Einstellung aktueller Prozesse, um weitere Kosten zu verhindern.

4. Forderung nach Transparenz bei Anstalt öffentlichen Rechts (AöR).

- Alle Verträge mit Nutzern der öffentlichen Kläranlage sind offen zu legen.
- Verträge mit Sonderkonditionen gehören auf den Prüfstand. Für die kommunale KA gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz aller Nutzer.
- Überprüfung der Berechnungsgrundlagen für Starkverschmutzergebühren. Durchsetzung gegenüber allen Einleitern ohne Ausnahmen, sowie öffentliche Nachweisführung.
- Berichtswesen/Öffentlichkeitsarbeit ist stark verbesserungswürdig, (fast) alle Themen sind öffentlich zu behandeln, dies gehört zu Grundverständnis demokratischen Handelns.
- Keine Fördermittel für Subventionierung von LM Konzernen auf Kosten der Bürger.
- Bürgerschaft für aktuelle Abwasserinvestitionen in Höhe von 9,6 Mill. € dürfen städtischen Haushalt nicht belasten. Land hat von desaströsen Zuständen in Weißenfels Kenntnis und steht daher in voller Verantwortung. Finanzierung von Investitionen nur von den Bedarfsträgern.
- Probleme wie Bürgerschaftsbedingung und Fusion mit anderem Verband, sind sofort zu klären. Bei erkennbarer Ablehnung durch Partner, sofortige Rückgabe der Fördermittel durchsetzen.
- Umsetzung des BVG Urteils zur Verjährung darf in Weißenfels keine neuen Ungerechtigkeiten hervorrufen.

5. Entscheidungen zum Bau der Nordspange rückgängig machen.

- Zum nächstmöglichen Zeitpunkt den Beschluss zum Bau der Nordspange erneut in den Stadtrat einbringen, mit der Maßgabe einer Bürgerbefragung/Bürgerentscheides.
- Verwendung von realen Zahlen zu Baukosten und möglicher Förderung. Lügen zu Kosten und Nutzen haben zu unterbleiben.
- Fleischwerk Tönnies als hauptsächlicher Nutzer und Vorteilsempfänger hat, falls weiter Interesse besteht, die Kosten zu übernehmen.

6. Bürgernähe und neuer Politikstil in der Kommunalpolitik.

- Mit den gewählten Kandidaten aus unseren Reihen wollen wir zur Stärkung von Ehrlichkeit, Anstand und Moral in der Kommunalpolitik beitragen.
- Wir wollen das verkrustete Parteiensystem im Stadtrat aufbrechen die Macht der Allianz von CDU und Linken zum Nachteil der Bürger beenden.
- Wir wollen uns für eine konstruktive Streitkultur am Ratstisch einsetzen.

Schluss mit Geheimniskrämerei in Klüngerunden und eisigem Schweigen.

- Was sich im Ratssaal abspielt, gehört an die Öffentlichkeit. Das ist unser demokratisches Grundverständnis.
- Mitwirkungsverbote/Befangenheiten wegen wirtschaftlichen und persönlichen Verknüpfungen werden wir rückhaltlos offen legen.
- Wir sind an keinerlei parteipolitischen Vorgaben gebunden, auch nicht aus unserer Organisation. Wir handeln nach Überzeugung und Gewissen und nicht nach Motiven der persönlichen Vorteilsnahme in irgend einer Art.
- Eine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien/Gruppierungen des rechten und linken Spektrums lehnen wir ab.

7. Effektive Bürgerbeteiligung – Demokratie zum Anfassen.

- Bürgerbefragung zu allen großen Investitionen/Vorhaben in und um Weißenfels. Bürgerentscheide als Mittel der Basisdemokratie fördern und nicht verhindern.
- Teilhabe und umfassende Information an demokratischen Prozessen im Sinn einer aktiven Bürgerkommune.
- Zur Transparenz gehört die Behandlung (fast) aller kommunalen Themen im öffentlichen Teil von Tagesordnungen, Ausnahmen müssen umfassend begründet werden und auf gesetzlichen Grundlagen beruhen. Bei Ermessensspielräumen hat immer das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit den Vorrang.
- Wichtige Themen sind nicht nur umfassend im Stadtrat zu erörtern, sondern Politik und Verwaltung müssen ihre Öffentlichkeitsarbeit auf größtmögliche Transparenz abstellen.
- Einwohnerfragestunden sind kein Ärgernis, sondern lebendige Demokratie. Anders als durch das bisherige Herrschaftssystem der im Stadtrat vertretenen Parteien praktiziert, wollen wir die Bürger in Entscheidungsprozesse integrieren. Bürger haben andere Sorgen, als zum Beispiel die Realisierung von Prestigeprojekten.
- Projektstart eines Bürgerhaushaltes, in denen Ortschaften und Vertreter aus Stadtquartieren ihre Wünsche und Vorschläge zur Straßeninstandsetzung und Mittelverwendung für Investitionen einbringen und diskutieren können.
- Die Sorgen und Wünsche unserer Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt des Handels. Als Wählervereinigung wollen wir den Gedankenaustausch an möglichst vielen „runden Tischen“ fördern.
- Projektvorstellungen in Großveranstaltungen, deren Gestalt am „grünen Tisch der Obrigkeit“ bereits festgezurrt wurde, schaden der Demokratie und werden abgelehnt.

8. Für eine ehrliche, offene, transparente und moderne Stadtverwaltung.

- Sie wird aus Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger finanziert und hat diesen nach den demokratischen Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung zu dienen.
- Informationsfreiheit gehört zum modernen Verwaltungshandeln. Wir stehen für die Gewährleistung eines umfassendes Auskunfts- und Akteneinsichtsrechts für alle Bürger. Hemmnisse durch unbegründet hohe Gebühren sind zu beseitigen.
- Der Status "nicht öffentlich" ist weitgehend zu vermeiden. Die Öffentlichkeit ist entsprechend Gemeindeordnung nur dann auszuschließen, wenn das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner dies erfordern.
- Das öffentliche Informationssystem der Stadtverwaltung über das Internet erfüllt nicht die Bedürfnisse vieler Bürgerinnen und Bürger. Hier ist dringend Nachbesserung geboten. Insbesondere muss Bürgern die Information zu Diskussionen, Projektvorstellungen und Entscheidungen im Stadtrat/Ausschüssen (Tagesordnungen, Protokolle, Beschlüsse) im vollen Wortlaut zugänglich gemacht werden. Das Amtsblatt genügt diesen Anforderungen nicht. Auch zurückliegende Entscheidungen müssen für interessierte Bürgern leicht zugänglich sein (2 -3 Jahre).

9. Zusammenwachsen von Ortsteilen und Kernstadt intensiv verbessern.

- Ortsteilbürgermeister und Ortschaftsräte müssen auf Augenhöhe mit Stadträten und Verwaltung agieren, d. h. umfassender Zugang zu Informationen sowie Mitwirkung bei Planungen und Entscheidungsfindungen, ohne jegliche Diskriminierung.
- Bei allen Problemen der Ortsteile, erst den Ortschaftsrat, dann den Stadtrat einbeziehen und entscheiden lassen. Wichtige Belange der Ortschaften sind dabei unbedingt zu berücksichtigen.
- Wir setzen uns ein für eine ausgewogene, gerechte Mittelverteilung auf alle Ortschaften und Quartiere der Kernstadt und ihrer Randgebiete. Dabei muss auch Beachtung finden, welcher Stand bereits im jeweiligen Gebiet erreicht ist.

10. Haushaltspolitik und Mittelverwendung gehört auf den Prüfstand, für eine Konsolidierung des städtischen Haushaltes.

- Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte haben in WSF tiefe Spuren hinterlassen (Beispiel Marienstraße).
- Fehlentscheidungen, wie die Millionen kostende Sanierung des E – Werkes und die aktuell äußerst zweifelhafte energetische Sanierung der Bergschule müssen aufhören.
- Der vom OBM angekündigte Abriss der Bergschule II gehört auf den Prüfstand.

- Vorhaben, wie der durch städtische Mittel geplante Bau der Nordspangenanbindung an die B91, müssen gestoppt, oder dem eigentlichen Nutznießer der Fa. Tönnies überlassen werden.
- Haushalte, Konsolidierungskonzeptionen u. ä. sind ehrlich und transparent zu gestalten und in gleicher Augenhöhe mit den Ortsteilen zu beschließen.
- Für neue Planungen/ Investitionen gilt es, erst Nutzung klären, dann investieren. Keine Verstöße gegen Wettbewerbsrecht und Vergabevorschrift zulassen (Mitwirkungsverbot beachten).
- Die regelrechte Gier nach Fördermitteln für Prestigeobjekte um jeden Preis gehört auf den Prüfstand, da die Eigenanteile zunehmend eine unerträgliche Belastung des Haushaltes darstellen.
- Vergaben an externe Planer, vielfach noch mehrfach, müssen durch eigenständige und kompetente Arbeit der Verwaltung reduziert werden.

11. Für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung, ohne einseitige Ausrichtungen.

- Die Innenstadt als Herz jeder Kommune muss sich konsequent gemäß ihrer bauhistorischen Ausrichtung weiterentwickeln, sie ist Schaufenster für Besucher und Stolz der Einwohnerschaft.
- Die Betreuung der städtebaulichen Förderprogramme gehört deshalb als ureigene Aufgabe in die Hände der Stadt und muss durch qualifizierte Mitarbeiter umgesetzt werden. Dabei müssen in Hinblick auf das immer geringer werdende Fördervolumen vor der Beauftragung von städtebaulichen Leistungen die Grundzüge der finanziellen Machbarkeit geprüft werden.
- Hier hat der Stadtrat unter echter Einbeziehung der Bevölkerung eine besonders hohe Verantwortung hinsichtlich Durchsetzung und Kontrolle.
- Schwerpunktmäßige Weiterentwicklung des Altstadtquartiers als Flächendenkmal bei Bewahrung der historisch gewachsenen Strukturen. Aktuell an erster Stelle das Rathaus und die ehemalige Mohrenapotheke (Touristeninfo.)
- Weitere Sanierung des Schlosses auf Grundlage tragfähiger Nutzungskonzepte- auch bei sonstigen Sanierungsvorhaben, wie Novalishaus- und Klosterkomplex.
- Rückbau ist auf nicht Stadtbild prägende Bestände zu begrenzen.
- Schwerpunkterweiterung auf bisher vernachlässigte Quartiere in der Neustadt, Naumburger Straße/Lutherplatz, WSF – West.
- Ortsteile von WSF: Förderung von Maßnahmen zum Erhalt ihrer dörflichen

Besonderheiten. Auch hier Erhalt von kulturellen Denkmälern, Verbesserung von Infrastruktur, landwirtschaftlicher Wegebau und wirtschaftliche und touristische Förderung.

- Projekte für Hochwasserschutz im gesamten Einzugsbereich der Saale sind zu fördern.

12. Wirtschaft und Arbeit fördern, WSF weiter entwickeln.

- Bestandsanalyse aller vorhandenen freien Gewerbeflächen und der in den FNP dafür reservierten Flächen durchführen und Investitionen bzw. Investoren entsprechend lenken (mit Flächenverbrauch verantwortungsbewusst umgehen).
- Förderung einer ausgewogenen Neuansiedlung von Industrie, Mittelstandsbetrieben und Handwerk.
- Arbeitsplätze vorrangig für die eigenen Bürger, sind zu fördern. Schaffung von Billigarbeitsplätzen mit Abwälzung der sozialen Probleme auf die Kommune sind restriktiv zu behandeln.
- Wirtschaftsförderung hat viel mit der Außendarstellung der Stadt, ihrer Verwaltung und ihres Oberbürgermeisters zu tun. Hier ist aktuell ein nicht für möglich gehaltener Tiefstand zu verzeichnen. Die gegen seine Bürger gerichteten Aktionen des OBM müssen aufhören. Dem Imageschaden von Weißenfels, auch durch zahlreiche Planungsspannen verstärkt, muss auf allen Ebenen entgegengewirkt werden. Dazu sind Offenheit und Transparenz in Politik und Verwaltung von besonderer Bedeutung.

13. Familie, Soziales und Bildung.

- Die soziale Fürsorge und die Betreuungsangebote der Stadt sind als freiwillige Aufgabe zu stärken und nicht noch weiter zu reduzieren.
- Schulstandorte müssen erhalten bleiben, es gilt das Motte „kurze Füße, kurze Wege“. Bezahlbare Kindergärten und Kinderrippen in Wohnortnähe müssen erhalten werden.
- Kampf gegen Drogenmissbrauch und Vandalismus ist durch Verstärkung der regionalen Polizeipräsenz zu verbessern.
- Jugendarbeit, diverse Betreuungsprogramme, Angebote für sozial schwache Familien sind zu stärken.
- Bedürftigen ist organisatorisch und nach Möglichkeit auch finanziell durch die Stadt Weißenfels Unterstützung zu gewähren.

14. Förderung von Kultur, Sport und Tourismus.

- Alle in und um Weißenfels tätigen Vereine leisten eine unschätzbare Arbeit im Interesse aller Bürger. Sie sind daher gemessen an ihrer Wirksamkeit auch gleich zu behandeln und müssen den gleiche Fördergrundsätzen unterliegen.

- Vereinsförderung auch als freiwillige Leistung der Kommune ist auch in Zeiten „klammer Kassen“ als Schwerpunkt zu betrachten. Kürzungen zugunsten weniger Auserwählter sind im Interesse der Allgemeinheit zu behandeln und zu entscheiden.
- Die kultureller Förderung in den Ortsteilen ist dabei gleichberechtigt zu behandeln und zu entscheiden.

Unsere Kandidaten zur Stadtratswahl am 25. Mai 2014

1. Zwirnmann, Monika; Geburtsjahr: 1955,
Buchhalterin, Große Burgstraße 20
2. Krämer, Matthias; Geburtsjahr: 1956,
Krankenpfleger, Schakental 9/OT Reichardtswerben
3. Spendrin, Hans-Jürgen; Geburtsjahr: 1953,
Elektriker, Thomas-Mann Straße 13
4. Gotthelf, Wolfgang; Geburtsjahr: 1949,
Ingenieur, Mittelweg 17/OT Boraus
5. Köhler, Ulrich; Geburtsjahr: 1954,
Versicherungsfachmann, Im Winkel 2/OT Boraus
6. Büsching, Dietrich; Geburtsjahr: 1945,
Ingenieur, Am Storchennest 28
7. Käbs, Christina; Geburtsjahr: 1946,
Diplomingenieur (FH), Bäckerstraße 11/ OT Reichardtswerben
8. Petzold, Erich; Geburtsjahr: 1948,
Elektromeister, Wacholderweg 9
9. Hering, Klaus-Jürgen; Geburtsjahr: 1951,
Diplomingenieur (FH), Weinstraße 21/OT Burgwerben
10. Rosenlöcher, Horst; Geburtsjahr: 1949,
Maurer, Thomas-Müntzer-Weg 24/OT Tagewerben
11. Thate, Wieland; Geburtsjahr: 1957,
Betriebswirt, Hegelstraße 23/OT Langendorf
12. Penndorf, Heidelinde; Geburtsjahr: 1956,
Marketingkauffrau, Leninstraße 11/OT Boraus
13. Thielitz, Gernot; Geburtsjahr: 1946,
Diplomingenieur (FH), Damaschkestraße 20